

die damit verbundenen Budgetprobleme.²¹⁶ Nachdem die «Agenda 2000»²¹⁷ und die Regierungskonferenz von Nizza die (wenn auch minimale) Erweiterungsfähigkeit der Europäischen Union hergestellt haben, müssen die Bewerberländer noch ihre Beitrittsfähigkeit erarbeiten. Neben Zypern und Malta (sowie der Türkei) stehen zehn mittel- und osteuropäische Kandidaten auf der EU-Warteliste. Das in Nizza geöffnete Zeitfenster lässt die ersten Beitritte frühestens 2003/2004 erwarten.²¹⁸

Der Europäische Rat von Luxemburg beschloss Ende 1997 die bereits drei Jahre früher lancierte Heranführungsstrategie für die zehn beitrittswilligen Länder Mittelosteuropas auszubauen.²¹⁹ Diese intensivierete Strategie stützt sich auf die Europa-Abkommen, die Beitrittspartnerschaften mit den entsprechenden nationalen Umsetzungsprogrammen, die finanzielle Vorbeitrittshilfe sowie die Öffnung der Gemeinschaftsprogramme und -agenturen. Die Europa-Abkommen bilden die grundlegenden Rechtsinstrumente für die bilateralen Beziehungen und zielen darauf ab, eine Freihandelszone zwischen der EU und den assoziierten Ländern herzustellen. Die Beitrittspartnerschaften legen die Prioritäten für die Beitrittskandidaten bei ihrer Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft fest und vereinen die verschiedenen Formen der EU-Hilfe in einem einzigen Rahmen. In Ergänzung dazu entwickelten die beitrittswilligen Länder jeweils ein «Nationales Programm für die Übernahme des *Acquis*», in dem ausführlich erläutert wird, wie sie gedenken, die Prioritäten der Beitrittspartnerschaft zu verwirklichen. Auch Malta und Zypern, die weniger Schwierigkeiten haben die Aufnahmekriterien zu erfüllen, profitieren von Beitrittspartnerschaften, nationalen Programmen zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes, der Teilnahme an Gemeinschaftsprogrammen sowie technischer und finanzieller

²¹⁶ Vgl. beispielsweise Prange 1997, Kap. 5.

²¹⁷ Die vom Europäischen Rat in Berlin verabschiedete «Agenda 2000» enthält einige erweiterungsrelevante Reformen (z. B. Agrar- und Strukturpolitik) und den Finanzrahmen zu ihrer mittelfristigen Finanzierung. Vgl. Europäischer Rat 1999a; Europäische Kommission 1997, 21–36; Becker 2000.

²¹⁸ Der Europäische Rat von Nizza verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Union ab 2003 neue Mitgliedstaaten aufnehmen kann, die sich dann an den 2004 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament beteiligen können. Europäischer Rat 2000b.

²¹⁹ Europäischer Rat 1997. Für eine Darstellung dieser Heranführungsstrategie siehe Lippert 2000, 128–157.